



Stichtag: Sonntag den 23. Juni 1876. In Breslau 5 Mark, Wochen-Abonn. 30 Pf., außerh. 40 Pf. Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Anzeigen-Gebühr für den Raum einer sechsstelligen Petit-Zeile 20 Pf., Reclame 50 Pf.

Erpediton: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 288. Mittags-Ausgabe.

Siebenundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Freitag, den 23. Juni 1876.

Deutschland.

O. C. Landtags-Verhandlungen.

72. Sitzung des Abgeordneten-Hauses vom 22. Juni.

11 Uhr. Am Ministerial-Director Weishaupt, Ministerial-Directoren Weishaupt und Mac Lean, Geh. Rath Hoffmann, Knerl, Grandt u. A. Das Haus erledigt ohne Debatte den Bericht der Budgetcommission, betreffend die Ueberführung der Eisenbahn des Baues und die Ergebnisse des Betriebes der Staatseisenbahnen in den Jahren 1873 und 1874 und tritt sodann in die Beratung der Ueberführung der Eisenbahnbauten im Jahre 1875.

Berichterstatter Abg. Berger: Die Summe der im Laufe der letzten zehn Jahre für Eisenbahnwerke außerordentlich bewilligten Gelder beläuft sich auf 1,022,305,376 Mark. Hierin ist bis zum Schlusse des Jahres 1875 etwa die Hälfte verausgabt worden, so daß noch ein Bestand von 489,593,623 Mark vorhanden war. Es ist nun in der Budgetcommission von dem Vorstehenden an die Regierung der Wunsch ausgesprochen worden, diese Summe möglichst in erster Linie zur Verwendung für bahnamne Landesheile zu bringen. Es liegt nicht allein im Interesse der Bewohner jener Landesheile, sondern für Handel und Gewerbe im Allgemeinen, die ja augenblicklich in Deutschland so schwer darniederliegen. Außerdem ist noch von Privatgesellschaften eine Strecke von 2340 Kilometer oder 310 Meilen auszubauen. Wenn auch bei vielen Gesellschaften für den Ausgub der Geldmittel zur Ausführung nicht vorhanden sind, so wird doch die Regierung von den gegebenen Concessionen nicht abgehen. Ich glaube dies zur Vermehrung des Vertrauens im Lande conlation zu sollen, und ich hoffe, daß jene Landesheile mit zum Aufschwung des Handels und der Industrie beitragen werden.

Abg. Klefschke richtet an die Staatsregierung die Frage, ob der Bau der Bahnstrecke Dittelsbach-Glag bereits begonnen, und wenn dies nicht der Fall sei, woran die Schuld dieser Verzögerung gelegen hat, da doch die Mittel schon vor zwei Jahren bewilligt worden.

Ministerial-Director Weishaupt weist darauf hin, daß die betreffende Bahnstrecke eine der schwierigsten Deutschlands hat, und man könne sich deshalb nicht wundern, wenn die Vorarbeiten langsam gehen; doch sei zu erwarten, daß noch im Laufe dieses Jahres dem Wunsche des Vorredners werde entsprochen werden können.

Abg. Miquel: Der Berichterstatter hat darauf hingewiesen, daß eine große Zahl von Bahnconcessionen an Privatgesellschaften erteilt sei und daß die Regierung diese Concessionen nicht zurückziehe, obwohl die Gesellschaften zur Zeit wegen schwieriger Finanzverhältnisse nicht in der Lage sind, die Bahnen auszuführen. Zu diesen Bahnen gehört die Linie Hamm-Dsnabrück, die der Bergisch-Märkischen Gesellschaft schon vor längerer Jahren concessio-niert war. Diese Concession steht mit dem Bau der Oldenburgischen Staatsbahn von Oldenburg im Anschluß an die Bahn nach dem Jaderhafen über Quakenbrück nach Dsnabrück im Zusammenhang. Diese Staatsbahn sollte bis nach Hamm Anschluß gewinnen, um so eine Kohlenabfuhrbahn bis zur Nordsee herzustellen. Jetzt erklärt nun die Bergisch-Märkische Gesellschaft, daß sie sich augenblicklich außer Stande sehe, die Strecke Hamm-Dsnabrück zu bauen. Ich fasse diese Erklärung als eine Bitte um Gewährung einer Frist auf. Ob die Gewährung dieser Bitte im vorliegenden Falle mit Rücksicht auf die schwierigen Finanzverhältnisse der Gesellschaft gerechtfertigt ist, vermag ich nicht zu beurtheilen, möchte aber zur Erwägung anheimgeben, ob nicht durch das Interesse, das der oldenburgische Staat an der Fortführung der Bahn hat, etwa durch Verhandlungen mit dem oldenburgischen Staat der Geldverlegenheit abgeholfen und so die Ausführung der Bahn ermöglicht werden könne.

Daß die Bahn auch in sehr dringendem Interesse Preußens, speciell der rheinisch-westfälischen Industrie liegt, kann keinem Zweifel unterliegen; andererseits hat der oldenburgische Staat wohl einen billigen Anspruch darauf, daß, nachdem er seinerseits in der Hoffnung auf den Weiterbau die Linie bis Dsnabrück fortgeführt hat, resp. im Begriff ist fortzuführen, von Seiten der preussischen Regierung auch Alles geschehe, um dieser Hoffnung zu entsprechen. Sollte zur Zeit keine Möglichkeit sein, dieses Ziel zu erreichen, so richte ich an die Regierung die dringende Bitte, wenigstens die Bahnhofs-verhältnisse der Stadt Dsnabrück zum raschen Abschluß zu bringen. Mit Rücksicht auf die Bahn Hamm-Dsnabrück kommt es in dieser Sache nicht zur Entscheidung, so daß alle Bauten der Stadt seit einer Reihe von Jahren stillliegen, weil die Straßenlinien nicht ausgemessen werden können. Diese großen Unzulänglichkeiten würden sich noch steigern, wenn zu dem Umfange, daß der Güter- und Personenbahnhof der preussischen Staatsbahn in der Nähe der Stadt liegt und durch Nebenausgänge der Verkehr sehr gehindert wird, noch der Anschluß der Oldenburgischen Bahn hinzukäme, ohne das Erforderliche in dieser Richtung vorzulegen. Die Nebenausgänge würden dann durch die Steigerung des Bahnverkehrs noch lästiger und gefährlicher werden. Ich frage deshalb, was die Regierung in dieser Frage zu thun gedenkt.

Ministerial-Director Weishaupt: Die Schilderung, die der Vorredner gegeben hat, ist eine völlig richtige; die Staatsregierung glaubt jedoch, um nicht einen unnötigen Druck zu üben, sich vorläufig mit dem Zustandekommen der Strecke Oldenburg-Dsnabrück zufriedengeben zu sollen. Die Regierung ist mit der oldenburgischen Regierung in Verhandlung getreten, und bei dem Interesse, welches diese an jener Bahn nimmt, ist ein baldiges Zustandekommen einer Vereinbarung zu hoffen.

Abg. Dr. Hammacher: Mir scheint der Bahnhofsbaudoch im engen Zusammenhang mit der Fortführung der Bahn von Dsnabrück nach Hamm zu stehen. Ich will nun nicht die Regierung dazu bewegen, einen unnötigen Druck zu üben, aber ich will darauf hinweisen, daß die oldenburgische Regierung die Bahn Quakenbrück-Dsnabrück mit großen Kosten gebaut hat, und zwar in der Voraussetzung, daß von Seiten der preussischen Regierung die Strecke Dsnabrück-Hamm ebenso rasch zum Abschluß gebracht werden würde. Es liegt also nicht nur im allgemeinen wirtschaftlichen Interesse, sondern es ist auch ein nobles officium unserer Regierung der oldenburgischen gegenüber, wenn sie auf Vollendung drängt. Ich glaube, daß es nicht schwer sein wird, durch Verhandlungen mit der oldenburgischen Regierung eine andere Grundlage zu finden, auf der man vorgehen kann; es wäre dies im Interesse der Stadt Dsnabrück, der Provinz Westfalen und der Regierung.

Ministerial-Director Weishaupt erklärt, daß vorläufig ein provisorisches Bahnhofsgebäude errichtet werden würde; im Uebrigen werde die Regierung bis zur nächsten Session einen Druck auf die Bergisch-Märkische Gesellschaft üben.

Abg. Klefschke spricht sein Erstaunen darüber aus, daß von dem Anlage-Capital der Bahn Danzig-Neufahrwasser noch eine Summe von 375,000 Mark vorhanden sei, obgleich die Bahn schon 1867 in Angriff genommen worden. Er halte es nicht für richtig, daß Summen vom Anlage-Capital für eventuelle Erweiterungen und Neubauten zurückgehalten würden, denn dadurch würde das Bewilligungsrecht des Abgeordneten-Hauses in Eisenbahn-Angelegenheiten, das an sich schon schwierig genug durchzuführen sei, völlig illusorisch.

Ministerial-Director Weishaupt: Es handelt sich hier nicht um eine nachträgliche Erweiterung oder einen Neubau, sondern um einen Bau, der schon im Anfang in den Plan aufgenommen war. Derselbe wurde aber damals vorläufig als den Ansprüchen der Danziger nicht entsprechend, zurückgestellt.

Abg. Miquel spricht die Erwartung aus, daß, falls mit der oldenburgischen Regierung ein Mobus für den Bau der Dsnabrück-Hammer Bahn gefunden würde, in der Concession der Bergisch-Märkischen Bahn kein Hinderniß für die Ausführung gefunden werden könne. Die Bahnfrage hänge wesentlich mit der Weiterführung der Bahn von Dsnabrück nach Hamm zusammen, und er möchte deshalb bitten, die Sache nicht schon von vornherein als abgeschlossen zu betrachten und nicht ein Bahnproject durchzuführen, welches die Fortführung der Bahn unmöglich mache. Durch die lange Verzögerung und Ungewißheit sei eine schwere Benachtheiligung der Stadtinteressen herbeigeführt, und er wünsche nur, daß durch den Durchbruch der oldenburgischen Bahn der Stadt Dsnabrück nicht noch größere und

schwerere Schäden und Verkehrsstörungen entstehen möchten, wie bisher. Es müßte wenigstens Vororge getroffen werden, daß die allgemeinen Grundzüge über Nebenausgänge und Herstellung von Ueberführungen zur Ausführung gelangen. Er sei sehr erregt, daß die Staatsregierung die Ansicht theile, daß dieser achtjährigen Ungewißheit, die alle Bewegung in der Stadt Dsnabrück gelähmt habe, endlich ein Ende gemacht werden müsse; es liegt nur im Interesse und den Wünschen der Stadt, daß sie endlich freie Bewegung bekomme, namentlich in ihren Bauten und Straßenzügen.

Ministerial-Director Weishaupt erklärt sich mit dem vom Abg. Miquel im Anfang seiner Rede ausgesprochenen Ansicht einverstanden.

Abg. Windthorst (Weppen) bittet die Regierung, die Herstellung des Bahnhofs zu Hannover mit möglicher Energie zu fördern, weil während der Zeit des Baues eine große Verkehrsstörung eintrete.

Abg. Dr. Dohren wünscht Auskunft darüber, wie lange das Provisorium der Bahnhofsanlagen der Oldenburgischen Bahn in Dsnabrück dauern werde.

Ministerial-Director Weishaupt erklärt, darüber keine Auskunft geben zu können.

Abg. Dr. Hammacher richtet an die Staatsregierung die Frage, ob die Herstellung der Bahn von Clausthal-Langelshausen gesichert und bis wann die Fertigstellung zu erwarten sei.

Regierungs-Commissar Weishaupt erklärt, daß die Magdeburg-Halberstädter Eisenbahn die Sache übernommen habe und noch in Jahresfrist ein Abschluß zu erwarten sei.

Abg. Dr. Hammacher wünscht im Interesse des allgemeinen Verkehrs eine bessere Verbindung von Hamburg und Harburg, da die jetzige Communication, die gleichsam als Monopol einer Eisenbahngesellschaft übergeben worden, eine höchst mangelhafte sei. Die Verbindungsabahn dort könne man eher eine Hinderungsabahn nennen. Es sei eine Besserung hier auch im Interesse der Verbindung der hannoverschen und schleswigschen Bahnen nöthig.

Ministerial-Director Weishaupt erklärt, daß die Regierung den Bau einer möglichst gradlinigen Bahn zwischen Harburg-Hamburg und Hannover, resp. den von letztgenanntem Centralpunkte direkt nach dem Süden und Südwesten Deutschlands führenden Linien, zwar nach wie vor für nöthig, jedoch nicht für dringend erachte und demgemäß beabsichtige, dieselbe jetzt noch nicht auszuführen.

Abg. La Roche spricht sein Bedauern darüber aus, daß man in der Commission den Bau der projectirten direkten Bahn von Hannover nach Harburg für überflüssig erklärt und eine Sistrung desselben auf 3 Jahre gewünscht habe. In Bezug auf den hannoverschen Bahnhof stimme er dem Wunsche des Abg. Windthorst (Weppen) durchaus bei.

Abg. Dr. Schlager wünscht, daß die Regierung wie bisher ihre Aufmerksamkeit auf die schleswigschen Bahnen richten möge.

Abg. Hoppe beklagt sich über den langsamen Fortgang der Stadtbahn; es schiene grade, als ob die Regierung die Projecte im Depot behielte.

Ministerial-Director Weishaupt erklärt, daß die Regierung bisher alle Energie entwickelt habe, und daß die Verzögerung nicht in ihrer Schuld liege, sondern an der Schwierigkeit der Verhältnisse.

Abg. Räder t beklagt sich, daß die Strecke von Jasterburg nach Lpt immer noch nicht energisch genug gefördert werde.

Ministerial-Director Weishaupt betont, daß die Schwierigkeiten in dem Anlauf des nöthigen Terrains lägen.

Handelsminister Dr. Achenbach weist darauf hin, daß es von vornherein Project gewesen, die Bahnen, welche unter die sogenannte Fünftzig-Millionen-Anleihe fielen, nicht übereilt zu bauen; trotzdem sei man dem Wunsche der Bewohner Ostpreußens nach einem schnelleren Bau der Bahn bereitwillig nachgekommen. Er habe überhaupt durchaus nicht die Absicht, sein Interesse für die Beschleunigung des eisenbahnartigen Oelens zu mindern.

Abg. von Sauten-Carpus bittet, daß die Regierung nicht unter allen Umständen die unentgeltliche Ueberlassung des nöthigen Terrains fordern möge.

Die Discussion wird hiermit geschlossen, worauf das Haus den Gegenstand durch seine Kenntnisaufnahme desselben für erledigt erklärt.

Es folgt die Beratung der allgemeinen Rechnung über den Staatshaushalt des Jahres 1873 nebst den dazu gehörigen Anlagen, einem Vorberichte und den Bemerkungen der Oberrechnungskammer, sowie der Rechnung über die Fonds des ehemaligen Staatsarchivs für dasselbe Jahr.

Es werden folgende Anträge der Rechnungs-Commission, Namens welcher Abg. Stedter referirt, angenommen:

1. Die Regierung zu eruchen, der Oberrechnungskammer die folgenden Beschlüsse mitzutheilen: Das Haus der Abgeordneten wünscht: 1) daß die Oberrechnungskammer in ihren Bemerkungen zur nächsten allgemeinen Rechnung dem Landtage die Gesichtspunkte mittheile, von welchen sie bei Vornahme von Abänderungen in dem Verzeichnisse der von ihrer regelmäßigen Prüfung ausgeführten Rechnungen ausgeht; 2) daß die Oberrechnungskammer auf künftige ihren Bemerkungen in ähnlicher Weise, wie in diesem Jahre, eine summarische Zusammenstellung der sämtlichen, von ihr aufgeführten Abänderungen von Staatsgesetzen beifügt; 3) daß die Oberrechnungskammer in ihren Bemerkungen zur nächsten Rechnung darüber sich äußert: a. worauf sie formell ihre Berechtigung gründet, die Ausgleiche der von ihr bei Revision der Rechnungen monirten Fondsverwechselungen von einem Jahre auf das andere anzuordnen; b. in welcher Weise und nach welchen Grundätzen bisher die Ausgleichung der Fonds materiell ausgeführt worden ist; 11. die in den Bemerkungen der Oberrechnungskammer festgestellten Staatsüberschreitungen mit dem Vorbehalt der Justifizierung einzelner Ausgaben durch Specialrechnungen u. nachträglich zu genehmigen.

Es folgt die dritte Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Bewilligung von Staatsmitteln zur Beseitigung der durch die Hochwasser im Frühjahr 1876 herbeigeführten Verheerungen und gemeingefährlichen Zustände.

Abg. Neubert berichtet über eine Petition des Magistrats und der Stadtverordneten zu Schneebach, welche eine Erhöhung der Summe für bedingungslose Unterstützung von 500,000 Mark auf 1 Million befristet.

Abg. Cremer verteidigt sich gegen den ihm in zweiter Lesung gemachten Vorwurf, er habe den Sinn des Gesetzes nicht verstanden; eben weil er die Intention eines Nothstandsgesetzes genau erfaßt, habe er bemängelt, daß die Regierung diese Gelegenheit benutzte, sich einen außerordentlichen Credit für den Bau von Arbeiterwohnungen zu verschaffen.

Abg. Stengel beantragt die Ueberweisung der angeführten Petition aus Schneebach an die Regierung zur Berücksichtigung.

Minister Friedenthal stellt seine Ausführungen in zweiter Lesung dahin klar, daß er wohl Fehler in der Ausführung und Handhabung der Deichwerke anerkannt habe, daß aber keineswegs die Beseitigung dieser Werke die Folge davon sei.

Abg. Jacobi erklärt sich gegen den Antrag Stengel, weil die Petitions-Commission noch nicht über die Petition beraten habe.

Abg. Hammacher wünscht die Petition durch die Annahme des Gesetzesentwurfs für erledigt zu erklären.

Abg. Stengel erklärt, daß er keineswegs die Absicht gehabt habe, diejenigen Consequenzen aus der heutigen Rede des Landwirtschaftsministers zu ziehen, zu deren Zurückweisung sich derselbe bezeugen gesehen habe.

Minister Friedenthal betont nochmals, daß er nur die thatsächliche Darstellung des Vorredners in zweiter Lesung als richtig anerkannt habe, ausdrücklich aber jede Uebereinstimmung mit der Kritik desselben abgelehnt habe.

zustimmen. Zwar könne er nicht die Garantie für jede Einzelbestimmung übernehmen — das könne wohl bei keinem Gesetze geschehen — wohl aber für die Sachkenntnis der Provinzialbehörden, welche dieses Gesetz vorbereiten und gebilligt haben.

Abg. Krah tritt als Referent der Commission den Auffassungen des Abg. Hänel entgegen, damit nicht aus seinem Stillschweigen ein Auerkenntnis derselben gefolgert werde. Mit ihm sei die Majorität der schleswig-holsteinischen Abgeordneten einer Meinung.

Abg. Feddersen schließt sich dieser Erklärung an und wünscht, daß der Abg. Hänel seine Bemerkungen zu Gunsten der von dem Redner vertretenen ländlichen schleswig-holsteinischen Bevölkerung, welche von dem unheilvollsten Erfolge gewesen seien, einstellen möge.

Die Generaldiscussion wird geschlossen.

Zu § 1 äußert Abg. Hansen den Wunsch, daß in Zukunft die nöthigen statistischen Nachweise den Vorlagen beigelegt werden möchten.

§ 1 wird angenommen.

Zu § 3 wird der in zweiter Lesung auf Antrag des Abg. Seelig aufgenommene Zusatz, wonach die Feststellung des Zusammenlegungsbezirks vor der Beschlußfassung des Kreistages über die Zweckmäßigkeit der Zusammenlegung erfolgen soll, auf Antrag des Abg. Krah als überflüssig wieder gestrichen.

Abg. Miquel will für § 4, welcher die Entscheidung des Kreistages über die Zweckmäßigkeit der Zusammenlegung im Interesse der Landescultur erfordert, stimmen, ohne darin jedoch eine besondere Garantie für die Grundstücksbesitzer zu erblicken, weil wohl kaum je ein Kreistag die Zusammenlegung für dem Landesculturinteresse zuwiderlaufend halten werde.

Abg. Schellwisch befragt aus eigener Erfahrung, daß bereits 5 bis 6 Fälle vorgekommen seien, wo der Kreistag sich gegen die Zusammenlegung erklärt habe.

Abg. Krah stimmt auf Grund ähnlicher Erfahrungen den Ausführungen des Vorredners bei.

§ 4 wird angenommen, ebenso die übrigen Paragraphen der Vorlage und darauf das Gesetz definitiv im Ganzen.

Es folgt die Beratung der Schreiben des Präsidiums des königlichen Staatsministeriums, betreffend die Ueberführung der von der Staatsregierung gefassten Entschlüsse auf Anträge und Resolutionen des Hauses der Abgeordneten aus der Session 1875.

Abg. Berger wendet sich gegen die Praxis der Staatsregierung, auf viele Anträge und Resolutionen des Hauses nicht zu antworten, und meint, daß damit die Absicht des Hauses, von den Entschlüssen der Staatsregierung auf seine Anträge Kenntnis zu erhalten, illusorisch gemacht werde. In dem vorliegenden Schreiben werde über die beantragte Vorlegung principiell wichtiger Gesetze vollständig geschwiegen.

Minister Friedenthal verteidigt die Handlungsweise der Regierung, welche nur auf Beschlüsse über solche Petitionen, die der Regierung als Material zur Gesetzgebung oder zur Kenntnisaufnahme überwiesen sind, keine Antwort erteilt habe, weil sie dieselbe für überflüssig gehalten. Uebrigens sei den Wünschen des Hauses nach Möglichkeit Rechnung getragen worden, wie er dies an Beispielen aus seinem Ressort bezeugen könne.

Abg. Birchow beklagt die Behandlung, welche die Anträge des Hauses in Bezug auf Vorlegung wichtiger Gesetze durch die Staatsregierung erfahren haben; so namentlich müsse er den Antrag auf Vorlegung eines Gesetzes, betreffend die Verwaltung der Einnahmen und Ausgaben des Staats (Staatsgesetz) hervorheben.

Abg. Berger ist nach den Ausführungen des Ministers in Betreff der Vollständigkeit der Erwiderungen durchaus befriedigt, worauf das Haus den Gegenstand für erledigt erklärt.

Um 3¼ Uhr verlegt sich das Haus bis Freitag 11 Uhr. (Erste Lesung der Uebernahme der Zinsgarantie für die Berlin-Dresdener Bahn; Schreiben über Ernennung preussischer Minister; Petitionen.) Ueber die Frage, ob die Vorlage wegen Uebernahme der Zinsgarantie für die Berlin-Dresdener Bahn nur in erster oder in erster und zweiter Lesung auf die Tagesordnung zu setzen sei, erhebt sich eine längere Debatte. Die Abg. Berger und Windthorst (Bielefeld) befürworten das Letztere, weil das Haus über die Nothwendigkeit einer Ablehnung der Vorlage sich bereits völlig klar sein könne. Der Handelsminister bittet dagegen, über eine Vorlage nicht von vornherein ein abschließendes Urtheil zu fällen, bevor eine Discussion über dieselbe stattgefunden habe. Jedenfalls erfordere die Sache eine sorgfältige Erwägung. Das Haus lehnt hierauf mit geringer Majorität den Antrag, auch die zweite Lesung auf die morgige Tagesordnung zu setzen, ab.

21. Sitzung des Herrenhauses (vom 22. Juni). Am Ministerial-Director Weishaupt, bald auch Minister Graf Eulenburg, Dr. Leonhardt.

Der Präsident, Graf Otto zu Stolberg-Wernigerode, eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 20 Minuten. Einziger Gegenstand der Tagesordnung ist die Fortsetzung der Beratung der Städteordnung.

Zu § 15 (Bedingungen des Bürgerrechts) hat den Beschlüssen des Abgeordneten-Hauses unter c und d die Commission substituiert: („Das Bürgerrecht steht jedem männlichen Gemeindeglieder (zu der)

c. das vierundzwanzigste Lebensjahr zurückgelegt und seit zwei Jahren, ohne öffentliche Armenunterstützung zu beziehen, in der Stadt-gemeinde seinen Wohnsitz hat, und

d. zur classificirten Einkommensteuer oder zur Klassensteuer mit dem Stufenfusse von mindestens sechs Mark veranlagt ist. — Wo der Besitz des Bürgerrechts bisher von der Veranlagung zu einem höheren Klassensteuereufschlage abhängig war, kann derselbe mittelst ortstatutarischer Bestimmung bis zum Betrage von zwölf Mark beibehalten werden.

Darin sind die hervorgehobenen Worte neu. Der Berichterstatter, Oberbürgermeister Hasselbach, betrachtet den Zusatz zu d. als etwas Selbstverständliches, die Zusatz zu c. werden durch die Nothwendigkeit gerechtfertigt, einerseits diejenigen von der Ausübung des Wahlrechts auszuschließen, die thatsächlich ihre Steuern nicht zahlen, — dieser Kategorie von Leuten gehörten namentlich die unter 6 Mark Veranlagten an — andererseits die Beibehaltung des bisherigen Rechtszustandes in der Rheinprovinz zu ermöglichen.

Veder (Dortmund), Anhänger des allgemeinen Wahlrechts, erkennt an, daß das Dreiklassenwahlrecht doch wenigstens das Gute hat, die Klassen-gegenläge auszugleichen, indem es ermöglicht, den Kreis der Wahlberechtigten auszuweiten, ohne daß die Existenz der Städte leidet, aber grade diesen Vorzug findet er dadurch beseitigt, daß die Commission den erhöhten Census wieder eingeführt habe. Redner beantragt deshalb Wiederherstellung der Fassung des Abgeordneten-Hauses.

b. Kleff findet in dem zweiten Satz der Lit. d. eine zu geringe Beschränkung des Wahlrechts und beantragt deshalb, diesen Satz zu fassen: „Der Besitz des Bürgerrechts kann mittelst ortstatutarischer Bestimmung von einem Klassensteuereufschlage bis zum Betrage von 18 Mark abhängig gemacht werden.“

Bürgermeister Brüning (Minden) tadelt zunächst, daß ihn gelegentlich seiner Vertbeiligung des § 1a in gestriger Sitzung v. Kleff einen Ercreationär genannt habe, es sei doch unbillig, wegen einer Ansicht in einem einzelnen Punkte derartige Schlagwörter in die Welt zu schiden. An den Commissionsbeschlüssen zu § 15 hat Redner ebenfalls die Wiedereinführung des erhöhten Census auszuweisen, es sei gewiß ein Vorzug, daß jeder Steuerzahler, ohne Schaden für die Stadt, Wahlrechte üben könne, der höhere Census schaffe in Wahrheit eine Verlassenwahl.

Bürgermeister Bredt (Barmen) beruft sich hiergegen auf die Autorität Dr. Friedrich Rapp's, der in seinem kürzlich erschienenem Werke über New-York die große Corruption dieser Stadt trotz hoher Bildung ihrer Bewohner lediglich der politischen Betheiligung und der Berechtigung jedes großjährigen Steuerzahlers der Stadt zuschreibe.

Minister Graf Eulenburg: Die Regierung hat nie erklärt, daß sie das Dreiklassenwahlrecht in der ganzen Monarchie einführen wolle, nur ist nach ihrer Ansicht für den Bezirk, in dem diese Städteordnung gelten soll, dieses System das zweckmäßigste, die Einführung in den übrigen Bezirken bleibt

A. A. C. London, 20. Juni. [In der gestrigen Sitzung des Unterhauses] ertauigte sich Forsyth, ob die Regierung in Anbetracht des Berichtes der königl. Commission über slächtige Slaven beabsichtige, das zweite Admiralitäts-Circular zurückzuziehen und neue auf die Vordrücke der Commission basirte Instruktionen zu erlassen. Der Marineminister Ward Hunt erwiderte, der Bericht circulire noch nicht unter den Mitgliedern des Hauses. Wenn dies der Fall sein werde und die Mitglieder Zeit gehabt hätten, dessen Inhalt in Erwägung zu ziehen, würde die Regierung dem Hause eröffnen, welches Verfahren sie einschlagen beabsichtige. (Gelächter.) Grant Duff interpellirte den Unterstaatssecretär für auswärtige Angelegenheiten, ob die jüngste Gesetzgebung in Spanien die Stellung der Dissidenten auf der Halbinsel nachtheilig afficirt habe, und wenn so, in welcher Weise. Bourke verlas in Erwiderung darauf Artikel 11 eines Actes des spanischen Senats in Bezug auf die Stellung der Dissidenten in Spanien, monach Niemand wegen seiner religiösen Anschauungen oder wegen der Ausübung seines besonderen Gottesdienstes verfolgt werden soll, so lange die Ueberein mit der der christlichen Moral schuldigen Achtung vereinbar sei. Naürlich, sagte der Unterstaatssecretär hinzu, mußte der Grad der durch dieses Gesetz gewährleisteten Religionsfreiheit von der Deutung gewisser seiner Worte abhängen, da der Executiv große Gewalt eingeräumt sei. Ihrer Majestät Regierung würde indeß keine Gelegenheit verschäumen, der spanischen Regierung ans Herz zu legen, wie wünschenswerth es sei, daß diese Deutung so viel als möglich zu Gunsten der persönlichen Freiheit ausgedehnt werde. Sodann wurde der Unterstaatssecretär für auswärtige Angelegenheiten von Forst gefragt, welche weitere Schritte die königl. Regierung in Bezug auf die Angelegenheit des „Talisman“ gethan habe. Bourke erwiderte, daß diese Frage niemals aufgehört hätte, die Aufmerksamkeit der Regierung zu beschäftigen. Am 10. vorigen Monats hatte Lord Derby eine Unterredung mit dem peruanischen Gesandten in London, im Laufe welcher er dessen Aufmerksamkeit auf den peinigenden Eindruck lenkte, den die Einkertierung der zwei britischen Mitglieder der Besatzung des „Talisman“ in England hervorgerufen habe. Nach dieser Unterredung richtete er einen Brief an den Vertreter Peru's, der wie folgt lautet: „Es ist meine Pflicht,

über das von der Peruanischen Regierung gegen zwei britische Seelenleute eingeleitete Verfahren und die unfreundliche Haltung der Peruanischen Regierung zu remonstriren. Ich habe die Ehre, Sie zu erfragen, diese Remonstration Ihrer Regierung zukommen zu lassen und deren Berücksichtigung zu beschleunigen. Ihrer Majestät Regierung ist von dem Wunsche befehle, auf keinem andern als guten Fuß mit der Peruanischen Regierung zu stehen, aber falls diese Angelegenheit nicht zu einem schleunigen Abschlusse gebracht wird, dürfte es unmöglich sein, freundliche Beziehungen mit dieser Regierung aufrecht zu erhalten." Die darauf eingegangene Antwort verbreitete sich über den Fall in allen seinen Tragweiten, änderte aber denselben in keiner Weise. Sie sagte indeß hinzu, es sei der ernstlichste Wunsch Peru's, seine gegenwärtigen freundlichen Beziehungen mit England fortzusetzen, und daß die Regierung die Vorschläge Lord Derby's in reifliche Erwägung ziehen und Alles Mögliche thun werde, um die freundlichen Beziehungen mit England aufrecht zu erhalten. Alles gehörig erwogen, sei Ihrer Majestät Regierung nunmehr zu der Ansicht gelangt, daß die Gefangenhaltung der beiden Seelenleute vom „Laliman" nicht zu rechtfertigen sei, und demnach sei deren unverzügliche Entlassung aus der Haft gefordert worden. Demnach wünschte „Sanbury" zu wissen, ob die Regierung von ihrem Vertreter in Wien irgend einen Bericht erhalten habe über die Weise, in welcher die griechische Regierung die in dem Artikel 7 des Vertrages vom 26. März 1864 enthaltenen Stipulationen für die Erfüllung aller Contracte, welche die Ionischen Inseln eingegangen, als sie unter britischer Jurisdiktion standen, insbesondere mit Bezug auf die öffentliche Schuld dieser Inseln, ausführe. Der Unterstaatssecretair für auswärtige Angelegenheiten erwiderte, es schwebte darüber seit geraumer Zeit ein Schriftwechsel zwischen der Regierung und ihrem Vertreter in Wien, gegen dessen Vorlegung nichts einzuwenden sei. Auch habe sich die Regierung in dieser Angelegenheit an die Garantienmächte gewandt. Nachdem noch Herr Disraeli die Gesandtschaft des Parlaments für die nächste Zeit stizigt, wurde die seit dem 15. d. verlagte Erörterung über das Mundella'sche Amendement zu dem ministeriellen Elementar-Unterrichtsgesetze, betreffend die Einführung des Schulzwanges, fortgesetzt. Für das Amendement sprachen Ray-Schuttlerworth, Sir John Lubbock, Knowles, Macdonald, der D'Connor Don, der außerdem ein confessionsloses Unterrichtssystem befürwortete; gegen dasselbe Greene, Smith und C. S. Read, während der Kriegsminister Hardy und der Chef des Unterrichtswesens, Lord Sandon, den Argumenten der Fürsprecher des Amendements Namens der Regierung entgegenstehen. Lord Sandon bekämpfte das Amendement mit dem Bemerkten, es würde kaum billig sein, dem ganzen Lande den Schulzwang zu oetroyren, weil einige Eltern ihre Pflicht vernachlässigten. Am Schlusse der mehrstündigen Debatte wurde das Amendement mit 309 gegen 163 Stimmen abgelehnt, und die zweite Lesung des Gesetzentwurfs nach einem heftigen Proteste Sir Charles Dille's gegen dieselbe mit 356 gegen 78 Stimmen genehmigt.

[Mit Bezug auf die jüngsten Unruhen auf Barbadoes] ist dem Minister für die Colonien, Lord Carnarvon, wie schon erwähnt, ein von dem gesammten Clerus der Insel unterzeichnetes Document überreicht worden. Dasselbe lautet:

„Barbadoes, 26. Mai. Wir, die unterzeichneten Geistlichen und Missionäre auf der Insel Barbadoes, halten es für unsere Pflicht, folgende Thatfachen bezüglich des jüngsten Ausbruches zu verzeichnen: 1) Die offene Plünderung und grausame Vernichtung von Thieren, die am 13. April begann und viele Tage lang dauerte, war eine Begebenheit, die in der Lebenszeit irgend eines von uns ohne Beispiel dastand. 2) Der Ausbruch war nicht eine Folge von Mangel oder Nothstand unter der Bevölkerung. Lebensmittel waren billiger, als sie seit vielen Jahren gewesen, Arbeitskräfte waren in allgemeinem Begehre und Arbeiter dollauf beschäftigt. 3) Wir erfahren von unseren Leuten in den ländlichen Districten, die unglücklicherweise an den Unordnungen theilhaftig waren, und von unseren leitenden Männern unter der Arbeiterklasse, daß sich in den Gemüthern der Arbeiter der allgemeine Einbruch geltend machte, daß der Boden, die Lebensmittel der Pflanzler und deren Viehstand den Arbeitern mit der Einwilligung des Gouverneurs geschenkt worden seien. Wir können nicht sagen, wie dieser Einbruch geschaffen wurde, aber er war ohne Zweifel allgemein. 4) Unzählige unserer Kirchenmitglieder theilhaftigten sich an der Plünderung in dem aufrichtigen Glauben, daß sie aus dem oben angegebenen Grunde ein Anrecht auf das gestohlene Eigenthum besäßen. 5) Der Glaube ist noch immer allgemein, daß das Land und anderes Viehthum der weißen, farbigen und achtbaren schwarzen Eigner den Schwarzen, denen es auf Anregung des Gouverneurs von der Königin zugesprochen worden, unrechtmäßig vorenthalten werde. 6) Die Stimmung gegen weiße, farbige und achtbare schwarze Eigenthümer ist in Folge dieses oben erwähnten Glaubens eine sehr bittere und feindselige, deren Beseitigung, wenn sie in dieser Generation überhaupt beseitigt wird, Festigkeit und Tact auf Seiten der Obrigkeit erheischen wird.“

Rußland.

— St. Petersburg, 18. Juni. [Die angeblichen „feudalen“ Bestrebungen in Rußland.] Seit einiger Zeit tauchen in manchen auswärtigen Blättern Gerüchte von einer angeblichen „feudalen“ Partei in Rußland auf. Diese Gerüchte sind für jeden Russen schlechterdings unerklärlich. Dem Auslande gegenüber können sie indeß nicht wohl in Stillschweigen übergegangen werden, weil an das angebliche Vorhandensein einer „feudalen“ russischen Partei für die künftige russische Politik Conjecturen gemacht werden. Feudale Parteilungen können sich selbstverständlich nur in Ländern bilden, wo es ein Lehnsrecht und ein mittelalterliches Ritterthum gegeben hat. Wer will in Rußland aber irgend einen Schatten von Ritterthum, Lehnsrecht und andern mittelalterlichen Institutionen nachweisen? Die kleineren und die größeren russischen Fürsten hatten Personen in ersten, zweiten und andern dienstlichen Stellungen. Die Personen, welche sich in den ersten dienstlichen Stellungen befanden, nannte man Bojaren, sowie man auch späterhin von einer „Generalität“ oder von den „Großwürdevträgern“ sprach. Das Bojarenthum war aber nicht erblich, und auch nicht an die Abstammung gebunden. Die zahlreichen mediatisirten Fürsten, deren Nachkommen noch heute den Fürstentitel führen, unterschieden sich von den andern Unterthanen der Zaren von Moskau in keiner Weise, und hatten durchaus auch keine größere Anwartschaft auf Bojaren-Stellungen. Da gab es keine Ritterchaft, keine adeligen Traditionen, folglich konnte daraus auch kein Feudalismus entspringen. Es gab in Rußland immer nur den Herrscher und das Volk: in der Mitte des letzteren befanden sich nähere und entferntere Diener des Herrschers. Als der Mißbrauch einriß, daß ein Bojarensohn nicht unter dem Sohne eines Nichtbojaren dienen wollte — was übrigens keine Parteiliebe, sondern nur Rangstreitigkeiten veranlaßte — ließ Feodor Alexjewitsch im Jahre 1682 in Moskau sämtliche Stufenbücher, wo die Verdienste der Bojaren verzeichnet waren, öffentlich verbrennen. Erst Peter der Große schuf in Rußland einen Erbadel. Der Adel in Rußland ist aber keine Aristokratie im westeuropäischen Sinne, sondern die Totalität einer Anzahl von Nachkommen solcher Personen, welche eine bestimmte Rangklasse erreicht oder gewisse Orden erlangt haben. Es steht jedem Menschen frei, durch Kenntnisse, Geschick und Dienstjahre sich die zur Erlangung des Erbadeis notwendigen Rangklassen oder Orden zu erwerben — ohne Ansehen der Herkunft. Peter der Große schätzte die Menschen nur nach den persönlichen Leistungen: das ist für Rußland noch heute maßgebend. Wir sind stolz darauf, daß jeder Tüchtige bei uns sich emporarbeiten kann, ohne wegen seiner Abstammung oder Vergangenheit zurückgesetzt zu werden, und daß andererseits der Adel ohne persönliche Leistungen bloß auf einen kümmerlichen Rest von Privilegien beschränkt ist, welcher ebenfalls nächstens verschwindet. Die Adeligen bilden in jeder Provinz eine Adels-Corporation — aber wer keinen Klassenrang (Schin) hatte, war bis zum vorigen Jahre zu keinem Posten wahlfähig: jetzt braucht man nicht mehr einen Klassenrang oder Schin, muß aber entweder eine Akademie absolviert oder das Abiturienten-Examen gemacht haben. Kein Fürst oder Graf erhält eine Hofcharge, wenn er nicht einen Klassenrang besitzt, also dem Staate dient oder gebietet hat. — Unter solchen Verhältnissen ist es völlig unbegreiflich von feudal-reactionären Strömungen in Rußland reden zu hören, oder gar von ihnen veranlaßte „innere Krisen“ an

die Wand malen zu sehen. Es kann in Rußland darüber gestritten werden, ob hinfällige Landpolizei vorhanden ist, um die Landbewohner vor Feld- und Viehdiebstahl genug zu sichern. Wem will man aber glaubhaft machen, es sei denkbar, daß der Regierung ein Abgehen von ihren bisherigen Principien auch nur vorgeschlagen würde. Es mag sein, daß die und die Bauern von der freien Bewegung, die ihnen gewährt ist, nicht immer den rationellsten Gebrauch gemacht — aber Niemand kann gegen die Thatfache auftreten, daß seit der Bauern-Emancipation die Güter in Rußland vielfach um das Doppelte und Dreifache gestiegen. Gutbesitzer, die früher in den Tag hinein lebten, bezahlen jetzt ihre Schulden: man erhebt es aus den Interatenthellen großer Blätter, wo bei der Mehrheit der ausgetretenen verschuldeten Güter in kurzer Zeit Widerruf eintritt, weil die Schulden inzwischen getilgt wurden. — Das ganze Gerede von feudalen Richtungen in Rußland stützt sich in der That einzig auf die Schriften eines in Rußland wenig beachteten Mannes, des Generals Fabejew, dessen Notorietät im Auslande uns Russen überhaupt ein Räthsel ist. Der General Fabejew schrieb im vorigen Jahre irgend ein Buch; einige Petersburger Aristokraten arbeiteten irgend ein Project aus, welches nicht ganz freisinnig gewesen sein soll — das sind Thatfachen. Aber ebenso ist es Thatfache, daß der Petersburger Adelsconvent sich auf eine Discussion des erwähnten Projects gar nicht einließ. Also wegen dieses Projects, welches einer unter den 50 bis 60 Adelscorporationen Rußlands vorgelegt und von ihr glattweg abgelehnt wurde, macht man das ganze Aufheben! Das wäre durchaus unerklärlich, wenn man nicht die Consequenz wüßte, mit welcher gewisse Kreise auf eine Sprengung des Drei-Kaiser-Bündnisses ausgehen, und deshalb wird aller Kram hervorgezogen, um zwischen den drei Kaiserreichen durch Entstellung der Verhältnisse Argwohn zu säen. Es mag sein, daß dieser oder jener Referent aus Unkenntniß nicht berücksichtigt, wie Rußland eine von dem übrigen Europa verschiedene Geschichte hat, und daß er darum Parteien seines Vaterlandes auch in Rußland zu finden bemüht ist. Letzteres ist aber unmöglich, da zum Feudalismus uns alle Begriffe und Vorbedingungen fehlen und der Adel bloß eine gebildete Klasse repräsentirt, aus welcher zunächst Beamte und Offiziere hervorgehen, und in welcher mehr oder weniger jeder Tüchtige eintritt. Aber dem russischen Aristokraten, der sich zwischen den Kaiser und das Volk drängen wollte, würden bald alle Umstände in die gehörigen Schranken verweisen und zur Zurücknahme seiner Anträge schon veranlassen. Vom Feudalismus in Rußland zu sprechen ist daher entweder Unkenntniß oder böser Wille.

Provinzial-Beitung.

+ Breslau, 23. Juni. [Se. k. Hoheit der Prinz Albrecht von Preußen] langte gestern Abend um 9 1/2 Uhr in Begleitung der Frau Herzogin Agnes von Sachsen-Altenburg — der Mutter seiner Gemahlin — mittelst der Breslau-Gläzer Eisenbahn, von Schloß Camenz kommend, auf dem hiesigen Centralbahnhofe an. Im Gefolge der hohen Herrschaften befanden sich der persönliche Adjutant des Prinzen, Leutnant von Witte, vom Hannoverschen Ulanen-Regiment Nr. 13, und die Hofdame der Frau Herzogin, Fräulein von Lindheim. Auf dem Bahnhofe hatte sich der Commandant, General-Major von Wulffen, zur Begrüßung eingefunden. Während des halbtägigen Aufenthaltes nahmen die hohen Durchreisenden im Kaiser-Salon den Thee ein. Der Prinz Albrecht von Preußen begibt sich nach Sonnenburg zum Capitelstage der Johanner-Ritter, und kehrt Montag, den 26. Juni, nach Schloß Camenz zurück, während die Frau Herzogin, welche ca. 14 Tage bei ihrer Tochter in Schloß Camenz zum Besuch gewesen war, sich über Dresden nach ihrer Heimath Altenburg zurückbezieht. Mit dem um 10 Uhr abgehenden Schnellzuge der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn setzten die hohen Herrschaften ihre Weiterreise fort.

[Die Vertretung der hiesigen Universität im Herrenhause] war bekanntlich seit einer langen Reihe von Jahren dem kürzlich verstorbenen Geh. Reg.-Rath Prof. Dr. L. Tellkamp übertragen gewesen. Nachdem jetzt eine Neuwahl für den erledigten Posten nöthig geworden ist, hat der Senat unserer Hochschule, wie die „Schles. Ztg.“ meldet, den Professor der Geschichte Dr. A. Köpcke, welcher bekanntlich gegenwärtig dem Abgeordnetenhaus für den Wahlkreis Hainau-Goldberg-Wiegnitz angehört, als Vertreter der Universität im Herrenhause auserselben. Die Berufung des Neugewählten dürfte nach Ablauf der gegenwärtigen Landtagssession erfolgen.

H. Breslau, 22. Juni. [Amtliche Konferenz der städtischen evangelischen Lehrer und Lehrerinnen.] Unter dem Vorsteh des evangel. Stadt-Schulen-Inspectors, Propst Dietrich, fand gestern Vormittag von 9 Uhr ab die diesjährige amtliche Konferenz der hiesigen evangelischen Lehrer und Lehrerinnen im Prüfungsaale des Elisabeth-Gymnasiums statt. Es wohnten derselben auch einige geistliche Revisoren bei. Nach einem kurzen Gebete, mit dem der Vorsitzende die Verhandlungen einleitete, stellte der Vorsitzende die seit der letzten Versammlung (10. Octbr. pr.) an städtischen Schulen neu angestellten Lehrer und Lehrerinnen der Versammlung vor und hieß dieselben im Namen der Lehrerschaft und der städtischen Schulbehörde willkommen. Er gedachte demnach auch der Verluste, welche die Versammlung durch den Tod zweier bewährter Kräfte, des Rector Schaeider und des Hauptlehrers Ed. Scholz, erfahren, zum ehrenden Andenken derselben erhob sich die Versammlung von ihren Plätzen.

Hierauf erfolgte die Behandlung derjenigen Themen, welche Seitens der Königl. Regierung für die Bepflegung in den amtlichen Lehrer-Conferenzen aufgestellt worden sind. Dieselben betrafen die Einführung einer Melodie nach dem Gebete auf der Oberstufe und die Mathematik des geographischen Unterrichts auf der Mittelsstufe. Die praktischen Lehrproben hatten für das erste Thema Lehrer Boyhammer, für das zweite Lehrer Wiedemann, die schriftliche Bearbeitung derselben die Lehrer Dietrich und Wiczorek, resp. die Lehrer A. Franz und Pohl übernommen. An die Lehrproben, resp. die vorgetragenen Bearbeitungen knüpfte sich eine kurze, zum Theil recht lebhaft geführte Debatte, in welcher der Vorsitzende nachwies, wie berechtigt das Thema bezüglich des Gesanges auch für Breslau sei, obwohl in den Oberklassen der hiesigen Schulen nach dem Lehrplane der Gesangsunterricht nach Noten erteilt wird.

Sodann theilte der Vorsitzende der Versammlung eine Anzahl Verfügungen der Königl. und städt. Schulbehörden mit. Gegenüber dem Wunsche des Vorsitzenden, daß die Schule nach Kräften den Besuch des Confirmanden-Unterrichts fördern möge, machte sich der Wunsch geltend, daß auch die Geistlichen den Interessen der Schule eine größere Berücksichtigung angedeihen lassen möchten, als dies z. B. in dem Falle geschehen ist, wo ein Geistlicher bereits 14 Tage vor Ostern die Confirmation vollzog und damit, nach der in Breslau noch zu Recht bestehenden Schulordnung, nach welcher der Schulbesuch bis zur erfolgten Confirmation erfolgen muß, thatsächlich vom Schulbesuch entband, wenn dies auch Seitens des Geistlichen nicht beabsichtigt und von diesem durch Ermahnung zu verhindern gesucht wurde.

Im Weiteren berichtete der Vorsitzende eingehend über die Verhandlungen innerhalb der städtischen Schulverwaltung bezüglich der Verlängerung der Sommerferien in den Breslauer Elementarschulen von 3 auf 4 Wochen; das Resultat dieser Verhandlungen wurde der Versammlung durch nachstehende Verfügung des Magistrats bekannt gegeben:

Das Collegium beschließt die Verlängerung der großen Sommerferien für die Elementarschulen von drei auf vier Wochen auf Grund des wiederholten einstimmigen Votums der Schuldeputation und des Gutachtens der beiden Stadt-Schulinspectoren, jedoch in der bestimmten Voraussetzung, daß nunmehr Urlaub für die Zeit unmittelbar vor oder nach diesen Ferien nur in den Fällen erteilt werde, in denen die Nothwendigkeit durch ärztliches Zeugniß überzeugend constatirt ist und in Folge dessen auf eine verhältnismäßig geringe Zahl beschränkt werde.

Die Sommerferien der Elementarschulen sollen natürlich stets in dieselbe Zeit fallen, wie die der höheren Lehranstalten.

Breslau, 20. Juni 1876.

Der Magistrat. (Leg.) Bartsch. Thiel.

Der Stadt-Schulinspector hat hiernach die Schuldirigenten seines Bezirks mit dem Bedenken anzuweisen, daß die (bereits erteilte) Zustimmung der kgl. Regierung vorbehalten bleibt und daß, sollte dieselbe wider Erwarten versagt werden, der Unterricht nicht schon Sonnabend den 8., sondern erst am 15. Juli zu schließen ist.

Die Versammlung spricht dem Magistrat, insbesondere dessen Chef und dem Schulrath, sowie der Schuldeputation, insbesondere dem Stadt-Schul-Inspector ihren Dank durch Geben von den Plätzen aus.

Demnach gab der Vorsitzende aus seinem Berichte über die städt. ev. Schulen pro 1876 einige Mittheilungen bezüglich der externen Verhältnisse dieser Schulen, woraus wir Folgendes hervorheben:

Die Schüler resp. Schülerinenzahl betrug 1874/75: 5608 Knaben, 6169 Mädchen, zusammen 11,777 Kinder, im Jahre 1875/76: 5996 Knaben, 6677 Mädchen, zusammen 12,673 Kinder, sonach 896 mehr wie im Vorjahre.

Der Confession nach waren 1874/75: 11,233 evangelisch, 294 katholisch, 193 jüdisch, 57 dissidentisch; 1875/76: 11,971 ev., 425 kath., 203 jüdisch, 71 dissidentisch.

Evangelische Confirmanden waren 1872/73: 1351 unter 10,407 evangel. Schulkindern; 1873/74: 1375 unter 10,751 ev. Schulkindern; 1874/75: 1515 unter 11,233 und 1875/76: 1266 unter 11,971 ev. Schulkindern. Es hat sich sonach die Zahl der evang. Confirmanden im letzten Jahre um 249 vermehrt. Welche Veranlassung dieser Abnahme der Confirmanden zu Grunde liegt, war nicht festzustellen; jedenfalls ist es eine äußerliche, denn nach der von den Schuldirigenten erteilten Auskunft sind in allen Anstalten sämtliche an Ostern aus der Schule entlassenen Schüler confirmirt worden und haben sie dies durch den ihnen erteilten Confirmandenschein nachgewiesen.

Die Zahl der evangelischen Schulen beträgt 42, von diesen ist eine dreiklassig, 11 sind vierklassig, 12 fünfklassig, 18 sechsklassig. Knaben und Mädchen werden nur noch in einer Schule (Alt-Schneitznig) zusammen unterrichtet. In einer Parallelschule der Knabenschule 32 sind auschließsweise auch Mädchen aufgenommen worden. Für den immer größeren Erfolg des Unterrichts ist die Ausdehnung des Sechsklassen-Systems ein höchst erfreulicher Fortschritt.

Die Durchschnittssumme der Schülerzahl in einer Schule betrug 1874/75 rund 274, 1875/76 rund 302. In einer Klasse war 1874/75 bei 206 Klassen die Durchschnittszahl der Schüler 57, 1875/76 bei 216 Klassen rund 59. Von den 42 Schulen sind 20 Knabenschulen, 21 Mädchenschulen, 1 gemischt.

Wissenschaftlichen Unterricht erteilen 180 Lehrer und 36 Lehrerinnen, Handarbeitsunterricht 102 Lehrerinnen. Es wirken also 318 Lehrkräfte an den städtischen evangelischen Schulen.

Die größte Gesamtzahl von Schülern hatten die Schulen Nr. 33 (500), Nr. 24 (483), Nr. 32 (404), Nr. 7 (401) Schüler, resp. Schülerinnen. Die geringste Schülerzahl besaßen die 5klassige Schule 14 (166), die 3klassige Schule 43 (171), die 4klassige Schule 12 (195 Sch.).

Trotz der in jedem Jahre vermehrten Zahl von Schulklassen ist die weitere Vermehrung der Klassen, resp. Anstalten für die nächsten Jahre noch immer dringendes Bedürfnis. — Nach Erledigung einiger Anträge wurde die Konferenz gegen 12 Uhr mit Gebet geschlossen.

m. Sprottau, 21. Juni. [Kirchliches. — Communes. — Graue Schweifern.] In der letzten gemeinschaftlichen Sitzung des evang. Gemeinde-Rathes und der Gemeinde-Vertretung wurde zur Erzielung eines besseren Gleichgewichts zwischen den Einnahmen und Ausgaben der Synodalkasse und zur Deduction des schon vorhandenen Deficits von 1016 Mark beschloffen, die Kirchensteuer von 16% pCt. der Klassensteuer auf 25 pCt. zu erhöhen. Der schon früher proponirte und in Anwendung gebrachte Ausweg, durch Regelung der Kirchenstellengebühren eine Mehreinnahme zu gewinnen, hatte laut Nachweis nicht das erwartete Resultat geliefert. — In der heutigen Sitzung der Stadtverordneten wurde der Antrag des Magistrats genehmigt, wegen einer nothwendig gewordenen äußeren Renovation des katholischen Schulhauses und zur Vermeidung der aus dieser Veränderung hervorgehenden späteren Kosten das sogenannte Lange'sche Haus nach dem 1. October c. zum Abbruch zu bringen. In Rücksicht der in der evangelischen Stadtschule wahrzunehmenden Ueberfüllung der unteren Klassen wurde beschloffen, eine Lehrerin mit einem Gehalte von 900 Mark neu anzustellen. — Nach einer vor kurzer Zeit eingetroffenen Verfügung haben sich die hier stationirten grauen Schweifern fortan des von ihnen bisher erteilten Unterrichts in den weiblichen Handarbeiten zu enthalten und dürfen nur noch der Krankenpflege sich widmen. Es wird dies seitens vieler Eltern lebhaft bedauert, andererseits entgeht damit den Schweifern eine wertvolle Einnahmequelle.

d. Landeshut, 21. Juni. [Gustav-Adolf-Stiftung.] Seit beging der hiesige Jovig-Berein der Gustav-Adolf-Stiftung seine 19te Jahresfeier. Der Festprediger, Herr Pfarr-Vicar Meißner erbaute mit seiner anregenden Festpredigt Die Generalversammlung um 12 Uhr eröffnete der Vorsitzende Herr Diakonius Seehrich mit Gebet und schloß daran den Jahresbericht. Der Rechenschaftsbericht ergab pro 1875 die Einnahme von 631 M. und die Ausgabe von 24 M. Das zu vertheilende Drittel betrug 183 M. Von diesem Drittel wurden 120 M. dem Verbandsfonds zu Schönborg und 60 M. der Schule zu H. rmannstein in Böhmen zugewendet. Als Abgeordnete zu der Hauptversammlung der schles. Zweigvereine der Gustav-Adolf-Stiftung pro 1877 in Kreuzburg, wurden gewählt Herr Pastor Martini aus Habelsch und Herr Kaufmann Paul Meißner von hier; als deren Stellvertreter Herr Diakonius Seehrich und Herr Kreisgerichtsrath von Wengstern in Schönborg. Bei der vorzunehmenden Wahl des Vorstandes wurde derselbe einstimmig wiedergewählt. Die Collecte an den Kirchthüren brachte den Ertrag von 124 M. 33 Pf. Beim Mittagmahl brachte eine Sammlung für das Rettungshaus zu Wilschdorf die Summe von 3 M.

W. Königschütze, 22. Juni. [Zur Fleischschau.] Daß in einer Stadt wie Königschütze, wo der Fleisch-Consum ein so bedeutender ist, die Anordnung einer geregelten Fleischschau nicht nur im hohen Grade erwünscht, sondern dringend geboten wäre, ist evident. Nichts desto weniger sind alle Anregungen, die insbesondere auch vom hiesigen Bürgerverein ausgingen, in dieser Beziehung bis jetzt erfolglos geblieben. Um so anerkennenswerther ist es, daß ein Bürger unserer Stadt, der Wurfabrikant Herr Friedrich Sawranke, aus eigenem Antriebe und unter Darbringung persönlicher Opfer die Fleischschau erlernte, damit er im Staude sei, trichinafreie Waare seinen Kunden geben zu können. Längere Zeit weilte er in Breslau und ließ sich vom dem Stabsarzt Herrn Dr. Long in der mikroskopischen Fleischschau unterrichten; hierauf unterzog er sich einer vom Herrn Kreisphysikus Dr. Uroß zu Ohlau angeordneten Prüfung und bestand dieselbe. Referent war Zeuge, wie Herr S. am verfloffenen Martittage viele der hiesigen Bewohner informieren vor Schaden bewahrte, als er das Fleisch von einem zum Markte gebrachten Schweine nach vorgenommener Untersuchung für reinig und trichinös erkannte und die Verhinderung des Verkaufs desselben veranlaßte. Möchte doch diese in die Öffentlichkeit gebrachte Bepflegung der Fleischschau-Angelegenheit auch anderen hiesigen Fleischern Anregung für gleichartige Bestrebungen sein!

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolffs Telegr.-Bureau.)

Brüssel, 22. Juni. Das Journal „Nord“ bespricht die Nicht-intervention, wovon man jetzt in England rede, und schreibt: Von Beginn des Aufstandes ab intervenirte Europa zu Gunsten der Türken, indem es dieselben davor behütete, daß alle Christen die Waffen ergreifen. Dieser Einwirkung auf Christen hätte als Ergänzung eine ebensoförmige Einwirkung auf die Türken zur Seite stehen müssen, und das war der Zweck der Berliner Abmachungen. Jetzt von Nichtintervention reden, heiße die Intervention zu alleinigen Gunsten der Türken verlangen, was schließlich die Vertilgung der Christen im Orient zur Folge haben müßte. Der „Nord“ fordert die Engländer auf, diese gefährliche Perspektive im Auge zu behalten. England könne sich das Uebergewicht im Orient sichern, wenn es die Christen verteidige und das Land, statt es zum Untergange zu verurtheilen, zum Gedeihen und Wohlfand führe.

London, 21. Juni. Bei den heute vor dem Court for crown cases reserved fortgesetzten Verhandlungen in dem Proceße gegen den Capitän Reyn von der „Franconia“ über die Frage der Competenz der englischen Gerichte setzte der Generalanwalt seine in der letzten Sitzung begonnenen Argumente fort, zu deren Unterstützung er die Ansichten der europäischen Juristen über die Competenz der Drei-Meilen-Zone anführte. Der Bericht verlangte dagegen den Beweis, daß irgend eine civilisirte Regierung nach diesem Principe gehandelt habe. Der Generalanwalt konnte denselben indeß nicht führen. Nachdem hierauf noch die in Amerika über diese Frage

Herrschenden Ansichten angeführt waren, wurden die Verhandlungen verlag.

London, 22. Juni. Unterhaus. Auf eine bezügliche Anfrage Bruce's erklärte der Premier Disraeli, eine Debatte über die Orientfrage erlaube nicht zweckmäßig. Die Mächte seien einig darüber, einen Druck nicht auszuüben. Wie von den Insurgenten die Annahme und die Waffenruhe aufgenommen worden, sei ihm nicht bekannt; es scheine, daß die Insurgenten danach in ihrer Action nachgelassen hätten, da die Verproviantierung der Festungen in der Herzegovina habe erfolgen können.

Rom, 21. Juni. Der Papst empfing heute in Gegenwart von 16 Cardinälen und mehreren anderer Priester eine Anzahl deutscher Wallfahrer. In seiner Antwort auf die Anrede derselben sprach der Papst von den „Heimsuchungen und Verfolgungen der Kirche“ und belobte die Standhaftigkeit der deutschen Bischöfe und Priester.

(Aus L. Hirsh's Telegr.-Bureau.)

Wien, 22. Juni. Das „Tagblatt“ meldet, daß in Südbungarn für Serbien Mannschaften angeworben werden, weshalb vielleicht die Verpflegung des Belagerungszustandes bevorstehend sei. Es sind Verhaftungen vorgenommen worden.

Kopenhagen, 22. Juni. Die russische Corvette „Kreuzer“ hat im Sund ihre Schraube verloren und ist behufs der Reparatur in den hiesigen Hafen eingelaufen.

Petersburg, 22. Juni. Das Festhalten der drei Mächte an dem Berliner Memorandum ist als eine beschlossene Sache zu betrachten, obgleich jede diplomatische Pression in Konstantinopel bis zum Ablauf des von der Pforte den Insurgenten angekündigten Waffenstillstandes unterbleiben wird.

Telegraphische Course und Börsennotizen.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Frankfurt a. M., 22. Juni, Nachm. 2 Uhr 30 Min. [Schlußcourse.] Londoner Wechsel 204, 87, Pariser Wechsel 81, 10, Wiener Wechsel 168, 20, Böhmische Wechsel 154, 1/2, Elisabeth-Bahn 130, 1/2, Galizier 172, 1/2, Franzosen 227, 1/2, Lombarden 74, 1/2, Nordwestbahn 110, 1/2, Silberrente 59, 1/2, Papierrente 56, 1/2, Russ. Bodencredit 85, 1/2, Russen 187, 1/2, Russ. Anleihe —, Amerikaner de 1885 102, 1/2, 1860er Loose 103, 1/2, 1864er Loose 262, 30, Creditact. 125, 1/2, Def. Nationalb. 718, 00, Darmst. Bank 106, 1/2, Brüsseler Bank —, Berliner Bankverein 85, 1/2, Frankfurter Wechselbank 78, 1/2, Deutsch-Oesterreichische Bank 91, 1/2, Meiningen Bank 78, 1/2, Sächsische Effectenbank —, Reichsbank 155, 1/2, Continental —, Hess. Ludwigsbahn 99, 1/2, Oberhessen 72, 1/2, Ungarische Staatsloose 147, 00, do. Schw. alte 87, do. neue 83, 1/2, Central-Pacific 93, 1/2, Türken —, Mag. Dtl.-Bbl. II 59, 1/2, Deutsche Vereinsbank —, Pardubitzer Actien —, Fest. Oesterreichische Bahnen theilweise besser.

Nach Schluß der Börse: Credit-Actien 125, 1/2, Franzosen 227, 1/2, Lombarden 74, 1/2, 1860er Loose —, Elisabethbahn —, Franz-Josefsbahn —, Galizier —.

Hamburg, 22. Juni, Nachmittags. [Schlußcourse.] Hamburger St.-B. 114, 1/2, Silberrente 58, 1/2, Creditactien 124, 1/2, Nordwestbahn —, 1860er Loose 102, 1/2, Franzosen 568, Lombarden 184, Italien. Rente 72, 1/2, Vereinsbank 117, 1/2, Lauenburger 56, 1/2, Commerzbank 87, 1/2, do. II. Emittion —, Provinzial-Disconto —, Norddeutsche 126, 1/2, Anglo-deutsche 53, 1/2, Internationale Bank 84, Amerikaner de 1885 96, 1/2, Köln-Mindener St.-B. 101, 1/2, Rheinische Eisenbahn do. 117, 1/2, Vergleiche-Märkte do. 83, Disconto 3 pSt. —, Schwächer.

Hamburg, 22. Juni, Nachm. [Getreidecourse.] Weizen loco rubig, auf Termine fest. Roggen loco flau, auf Termine fest. Weizen pr. Juni 207 Br., 206 Bd., pr. September-October pr. 1000 Rilo 212 Br., 211 Bd. Roggen pr. Juni 165 Br., 163 Bd., pr. September-October pr. 1000 Rilo 162 Br., 161 Bd. Hafer fest, Gerste rubig. Rüböl still, loco 65, 1/2, pr. October pr. 200 Pfd. 63, 1/2. Spiritus still, pr. Juni 36, 1/2, pr. Juli-August 37, pr. August-Sept. 38, pr. September-October 39, 100 Liter 100 pSt. 39. Raffee lebhaft, Umsatz 8000 Sack. Petroleum fest, Standard white loco 12, 30 Br., 12, 20 Bd., pr. Juni 12, 20 Bd., pr. August-December 12, 90 Bd. —, Wetter: Warm.

Liverpool, 22. Juni, Vormittags. [Baumwolle.] (Anfangsbericht.) Muthmaßlicher Umsatz 10,000 Ballen. Tagesimport 20,000 Ballen, davon 17,000 B. amerikanische.

Liverpool, 22. Juni, Nachmittags. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Umsatz 12,000 Ballen, davon für Speculation und Export 2000 Ballen. —, Fest.

Middl. Orleans 6, 1/2, middl. amerikanische 6, 1/2, fair Dhollerah 4, 1/2, middl. fair Dhollerah 4, 1/2, good middl. Dhollerah 4, 1/2, middl. Dhollerah 3, 1/2, fair Dongra 3, 1/2, good fair Dongra —, new fair Dongra 4, 1/2, good fair Dongra 4, 1/2, fair Madras 4, fair Bernam 6, 1/2, fair Smyrna 5, 1/2, fair Egyptian 6.

Antwerpen, 22. Juni, Nachmitt. 4 Uhr 30 Minuten. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Weizen weichend. — Roggen nachgebend. — Hafer gefragt. — Gerste unbedeutend.

Antwerpen, 22. Juni, Nachmittags 4 Uhr 30 Min. [Petroleummarkt.] (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 29 bez., 29 1/2 Br., pr. Juni 29 Br., pr. Juli 29 1/2 bez., u. Br., pr. September 31 1/2 bez., 31 1/2 Br., pr. Septbr.-December 32 Br. Steigend.

Bremen, 22. Juni, Nachmittags. [Petroleummarkt.] (Schlußbericht.) Standard white loco 12, 40, pr. Juni 12, 40, pr. Juli 12, 50, pr. August-December 13, 00. Alles bezahlt. Höher.

Berlin, 22. Juni. Das heutige Geschäft bewegte sich wiederum in den engsten Grenzen und blieben, da irgend welche anregenden Nachrichten nicht vorlagen, auch die Course meist im getriggen Niveau. Einzelne Gebiete, oder besser, nur einzelne Effecten erfreuten sich einer ungewissen Festigkeit, die jedoch weniger das Resultat einer spontanen Besserung des Verkehrs war, sondern sich als die Folge der durch die näher rückende Ultimotermine bedingten Deductionsläufe erwies. Sie umfaßte daher auch größtentheils nur die von der Speculation in ihren Geschäftskreis gezogenen Werthe, für welche eben ein Decouvert besteht. In der Prolongation bedangen Credit 2,60 bis 2,50 M., Lombarden 1,20 M., Franzosen 2-1,90 M., Disconto-Commandit 1/2 %, Köln-Mindener 1/2 %, Vergleiche 1/2 %, Rheinische gingen glatt auf. Von den internationalen Speculationspapieren blieben Oester. Credit-Actien unbedeutend, Lombarden und Oester. Staatsbahn ließen etwas nach, Oester. Nebenbahn erfreuten sich wieder größerer Beliebtheit. Galizier, Nordbahn und Elisabethbahn steigend. Die lokalen Speculations-Effecten blieben unbedeutet. Disconto-Comm. 112,30, ult. 112 1/2 %, Dortmund Union 3 %, Laurah. 57, ult. 57 1/2 - 56 1/2. Die auswärtigen Staatsanleihen behaupteten zwar ihre bisherigen Course, notirungen fast unbedeutend, trugen aber eigentlich doch keine feste Basis. Die scheinbare Festigkeit entsprang eben nur der totalen Geschäftstillheit, die auf diesem Gebiete herrschte. Oester. Renten und 1860er Loose haben zwar einige Transaktionen aufzuweisen, indessen blieb auch hier die Kaufkraft auf das Äußerste eingeschränkt. Türken und Italiener waren ganz vernachlässigt. Russ. Werthe befanden eine matte Haltung, nur Bahnen waren fest und beliebt. Preussische, sowie deutsche Staatspapiere fest, aber ebenfalls unbedeutet. Neue Sächsische Anleihe 70,75. Das Geschäft in Eisenbahnprioritäten war ganz geringfügig und kam eine bestimmte Tendenz kaum zum Ausdruck. Auf dem Eisenbahn-Aktienmarkt stagnierte das Geschäft fast vollständig, die rheinisch-westfälischen Speculations-Debitten blieben in den Course fast unbedeutend, aber auch ganz vernachlässigt. Schlechter fielen sich Halberstädter und angeblich waren Anhalter. Von leichten Bahnen zeigten sich Berlin-Dresden zu schwankendem Course lebhafter, Aachen-Mastrichter, Weimar-Gera und Nahebahn in einem Verleber, Rumänien matt, Stamm-Prioritäts-Actien sehr still. Bantactien unbedeutet und wenig fest. Centralbahn für Industrie besser, Berliner Lombardbahn beliebt, Leipziger Wechselbank besser, Braunschweiger Hypothekendarb fest, Berliner Rassenverein steigend, Gothaer Grundcredit (alte) matt. Von Industripapieren waren Landré Brauerei steigend, Viehhof jog etwas an, Große Pferdebahn matt, auch Continental-Pferdebahn in schwacher Haltung, Flora fest, Centralstraße zu herabgesetzter Notiz begehrt, Sentier beliebt und steigend, Bauberein Königsstadt procentweise höher und sehr lebhaft. Berliner Eisenbahnbedarf wiederum gestiegen, Westf. Draht-Industrie gedrückt, König Wilhelm jog etwas an, Courl besser, auch Bergelins und Gelfentrichen höher, Bochumer und Marl-Westf. Bergwert matter, Pluto durch eine größere gerichtliche Verkaufssordre gedrückt. — Um 2 1/2 Uhr: Matter. Credit 252, Lombarden 148, 1/2, Franzosen 457, 1/2, Reichsbank 155, Disconto-Commandit 112, 1/2, Dortmund Union 3, 1/2, Laurahütte 57, Köln-Mindener 101, 1/2, Rheinische 117, 1/2, Vergleiche 83, 1/2, Rumänien 18, 1/2, Türken 10, 90.

Breslau, 23. Juni. [Wasserstand.] D.-P. 5 M. 10 Cm. U.-P. — M. 60 Cm.

Berliner Börse vom 22. Juni 1876.

| Wechsel-Course. | | | Eisenbahn-Stamm-Actien. | | |
|-------------------|-----------|-----|-------------------------|---------|---------------|
| Amsterdam 100 Fl. | 169,15 bz | do. | Divid. pro 1874 | 1875 ZL | 22,50 G |
| do. 100 M. | 164,40 bz | do. | Aachen-Masticht. | 3 | 84,20 bz |
| London 100 Lstr. | 20,48 bz | do. | Berg-Markische | 3 | 111 bzB |
| Paris 100 Frs. | 81,05 bz | do. | Berlin-Anhalt | 8 | 26,75 bz |
| Petersburg 100 R. | 28,50 bz | do. | Berlin-Breslau | 0 | 40 bzG |
| Warschau 100 R. | 28,50 bz | do. | Berlin-Görlitz | 0 | 176 bzG |
| Wien 100 Fl. | 168,15 bz | do. | Berlin-Hamburg | 12 | — |
| do. 100 M. | 167,25 bz | do. | Berlin-Nordbahn | 0 | 85,25 bz |
| | | | Berlin-Potsd.-Magdb. | 1 | 122 bzB |
| | | | Berlin-Stettin | 3 | 77 bz |
| | | | Böhm. Westbahn | 5 | 77,90 bzG |
| | | | Breslau-Freib. | 7 | 101,69 bz |
| | | | Cöln-Minden | 6 | 99,75 bzG |
| | | | do. Lit. B. | — | — |
| | | | Cuxhaven-Eisenb. | 0 | 9,20 bzB |
| | | | Dux-Bodenbach | 0 | 88,75 bz |
| | | | Gal. Carl-Ludw.-B. | 0 | 30,30 bz |
| | | | Halle-Soran-Gub. | 0 | 15,93 bz |
| | | | Hannover-Altenb. | 0 | 33,43 bzG |
| | | | Kaschau-Oderberg | 5 | 46,75 bzG |
| | | | Kronpr. Radolfsb. | 9 | 172,25 bz |
| | | | Ludwigsh.-Bach. | 0 | 21,58 bz |
| | | | Magde.-Posener | 3 | 90 bzB |
| | | | Magde.-Leipzig | 14 | 243,25 bzG |
| | | | do. Lit. B. | 4 | 96,50 bzG |
| | | | Mainz-Ludwigsh. | 6 | 99,30 bz |
| | | | Niedersch.-Mark. | 4 | 97,75 bzG |
| | | | Obereschl. A.C.D.R. | 12 | 137,50 bz |
| | | | do. Lit. B. | 12 | 128 bz |
| | | | Oesterr.-Fr. St.-B. | 8 | 457-57,50 bz |
| | | | Oest.-Nordwestb. | 5 | 220 bzB |
| | | | Oest.-Süd.-B. | 1 | 150-51-47-9 b |
| | | | Ostpreuss. Südb. | 0 | 25,60 bzG |
| | | | Rechte-O.-U.-Bahn | 6 | 104,10 bzG |
| | | | Reichenberg-Pard. | 4 | 51 bz |
| | | | Rheinische | 4 | 117 bz |
| | | | do. Lit. B. (4% gar.) | 4 | 83,48 bz |
| | | | Rhein-Nahe-Bahn | 0 | 14,90 bzB |
| | | | Rumän. Eisenbahn | 4 | 18,25 bzG |
| | | | Schw.-Westbahn | 4 | 17,25 bz |
| | | | Stargard-Posener | 4 | 101 bzG |
| | | | Thüringer Lit. A. | 7 | 128 bzB |
| | | | Warschau-Wien. | 10 | 193 G |
| | | | do. Lit. B. | — | — |
| | | | do. Lit. C. | — | — |
| | | | do. Lit. D. | — | — |
| | | | do. Lit. E. | — | — |
| | | | do. Lit. F. | — | — |
| | | | do. Lit. G. | — | — |
| | | | do. Lit. H. | — | — |
| | | | do. Lit. I. | — | — |
| | | | do. Lit. J. | — | — |
| | | | do. Lit. K. | — | — |
| | | | do. Lit. L. | — | — |
| | | | do. Lit. M. | — | — |
| | | | do. Lit. N. | — | — |
| | | | do. Lit. O. | — | — |
| | | | do. Lit. P. | — | — |
| | | | do. Lit. Q. | — | — |
| | | | do. Lit. R. | — | — |
| | | | do. Lit. S. | — | — |
| | | | do. Lit. T. | — | — |
| | | | do. Lit. U. | — | — |
| | | | do. Lit. V. | — | — |
| | | | do. Lit. W. | — | — |
| | | | do. Lit. X. | — | — |
| | | | do. Lit. Y. | — | — |
| | | | do. Lit. Z. | — | — |
| | | | do. Lit. AA. | — | — |
| | | | do. Lit. AB. | — | — |
| | | | do. Lit. AC. | — | — |
| | | | do. Lit. AD. | — | — |
| | | | do. Lit. AE. | — | — |
| | | | do. Lit. AF. | — | — |
| | | | do. Lit. AG. | — | — |
| | | | do. Lit. AH. | — | — |
| | | | do. Lit. AI. | — | — |
| | | | do. Lit. AJ. | — | — |
| | | | do. Lit. AK. | — | — |
| | | | do. Lit. AL. | — | — |
| | | | do. Lit. AM. | — | — |
| | | | do. Lit. AN. | — | — |
| | | | do. Lit. AO. | — | — |
| | | | do. Lit. AP. | — | — |
| | | | do. Lit. AQ. | — | — |
| | | | do. Lit. AR. | — | — |
| | | | do. Lit. AS. | — | — |
| | | | do. Lit. AT. | — | — |
| | | | do. Lit. AU. | — | — |
| | | | do. Lit. AV. | — | — |
| | | | do. Lit. AW. | — | — |
| | | | do. Lit. AX. | — | — |
| | | | do. Lit. AY. | — | — |
| | | | do. Lit. AZ. | — | — |
| | | | do. Lit. BA. | — | — |
| | | | do. Lit. BB. | — | — |
| | | | do. Lit. BC. | — | — |
| | | | do. Lit. BD. | — | — |
| | | | do. Lit. BE. | — | — |
| | | | do. Lit. BF. | — | — |
| | | | do. Lit. BG. | — | — |
| | | | do. Lit. BH. | — | — |
| | | | do. Lit. BI. | — | — |
| | | | do. Lit. BJ. | — | — |
| | | | do. Lit. BK. | — | — |
| | | | do. Lit. BL. | — | — |
| | | | do. Lit. BM. | — | — |
| | | | do. Lit. BN. | — | — |
| | | | do. Lit. BO. | — | — |
| | | | do. Lit. BP. | — | — |
| | | | do. Lit. BQ. | — | — |
| | | | do. Lit. BR. | — | — |
| | | | do. Lit. BS. | — | — |
| | | | do. Lit. BT. | — | — |
| | | | do. Lit. BU. | — | — |
| | | | do. Lit. BV. | — | — |
| | | | do. Lit. BW. | — | — |
| | | | do. Lit. BX. | — | — |
| | | | do. Lit. BY. | — | — |
| | | | do. Lit. BZ. | — | — |
| | | | do. Lit. CA. | — | — |
| | | | do. Lit. CB. | — | — |
| | | | do. Lit. CC. | — | — |
| | | | do. Lit. CD. | — | — |
| | | | do. Lit. CE. | — | — |
| | | | do. Lit. CF. | — | — |
| | | | do. Lit. CG. | — | — |
| | | | do. Lit. CH. | — | — |
| | | | do. Lit. CI. | — | — |
| | | | do. Lit. CJ. | — | — |
| | | | do. Lit. CK. | — | — |
| | | | do. Lit. CL. | — | — |
| | | | do. Lit. CM. | — | — |
| | | | do. Lit. CN. | — | — |
| | | | do. Lit. CO. | — | — |
| | | | do. Lit. CP. | — | — |
| | | | do. Lit. CQ. | — | — |
| | | | do. Lit. CR. | — | — |
| | | | do. Lit. CS. | — | — |
| | | | do. Lit. CT. | — | — |
| | | | do. Lit. CU. | — | — |
| | | | do. Lit. CV. | — | — |
| | | | do. Lit. CW. | — | — |
| | | | do. Lit. CX. | — | — |
| | | | do. Lit. CY. | — | — |
| | | | do. Lit. CZ. | — | — |
| | | | do. Lit. DA. | — | — |
| | | | do. Lit. DB. | — | — |
| | | | do. Lit. DC. | — | — |
| | | | do. Lit. DD. | — | — |
| | | | do. Lit. DE. | — | — |
| | | | do. Lit. DF. | — | — |
| | | | do. Lit. DG. | — | — |
| | | | do. Lit. DH. | — | — |
| | | | do. Lit. DI. | — | — |
| | | | do. Lit. DJ. | — | — |
| | | | do. Lit. DK. | — | — |
| | | | do. Lit. DL. | — | — |
| | | | do. Lit. DM. | — | — |
| | | | do. Lit. DN. | — | — |
| | | | do. Lit. DO. | — | — |
| | | | do. Lit. DP. | — | — |
| | | | do. Lit. DQ. | — | — |
| | | | do. Lit. DR. | — | — |
| | | | do. Lit. DS. | — | — |
| | | | do. Lit. DT. | — | — |
| | | | do. Lit. DU. | — | — |
| | | | do. Lit. DV. | — | — |
| | | | do. Lit. DW. | — | — |
| | | | do. Lit. DX. | — | — |
| | | | do. Lit. DY. | — | — |
| | | | do. Lit. DZ. | — | — |
| | | | do. Lit. EA. | — | — |
| | | | do. Lit. EB. | — | — |
| | | | do. Lit. EC. | — | — |
| | | | do. Lit. ED. | — | — |
| | | | do. Lit. EE. | — | — |
| | | | do. Lit. EF. | — | — |
| | | | do. Lit. EG. | — | — |
| | | | do. Lit. EH. | — | — |
| | | | do. Lit. EI. | — | — |
| | | | do. Lit. EJ. | — | — |
| | | | do. Lit. EK. | — | — |
| | | | do. Lit. EL. | — | — |
| | | | do. Lit. EM. | — | — |
| | | | do. Lit. EN. | — | — |
| | | | do. Lit. EO. | — | — |
| | | | do. Lit. EP. | — | — |
| | | | do. Lit. EQ. | — | — |
| | | | do. Lit. ER. | — | — |
| | | | do. Lit. ES. | — | — |
| | | | do. Lit. ET. | — | — |
| | | | do. Lit. EU. | — | — |
| | | | do. Lit. EV. | — | — |
| | | | do. Lit. EW. | — | — |
| | | | do. Lit. EX. | — | — |
| | | | do. Lit. EY. | — | — |
| | | | do. Lit. EZ. | — | — |
| | | | do. Lit. FA. | — | — |
| | | | do. Lit. FB. | — | — |
| | | | do. Lit. FC. | — | — |
| | | | do. Lit. FD. | — | — |
| | | | do. Lit. FE. | — | — |
| | | | do. Lit. FF. | — | — |
| | | | do. Lit. FG. | — | — |
| | | | do. Lit. FH. | — | — |
| | | | do. Lit. FI. | — | — |
| | | | do. Lit. FJ. | — | — |
| | | | do. Lit. FK. | — | — |
| | | | do. Lit. FL. | — | — |
| | | | do. Lit. FM. | — | — |
| | | | do. Lit. FN. | — | — |
| | | | do. Lit. FO. | — | — |
| | | | do. Lit. FP. | — | — |
| | | | do. Lit. FQ. | — | — |
| | | | do. Lit. FR. | — | — |
| | | | do. Lit. FS. | — | — |
| | | | do. Lit. FT. | — | — |
| | | | do. Lit. FU. | — | — |
| | | | do. Lit. FV. | — | — |
| | | | do. Lit. FW. | — | — |
| | | | do. Lit. FX. | — | — |
| | | | do. Lit. FY. | — | — |
| | | | do. Lit. FZ. | — | — |
| | | | do. Lit. GA. | — | — |
| | | | do. Lit. GB. | — | — |
| | | | do. Lit. GC. | — | — |
| | | | do. Lit. GD. | — | — |
| | | | do. Lit. GE. | — | — |
| | | | do. Lit. GF. | — | — |
| | | | do. Lit. GG. | — | — |
| | | | do. Lit. GH. | — | — |
| | | | do. Lit. GI. | — | — |
| | | | do. Lit. GJ. | — | — |
| | | | do. Lit. GK. | — | — |
| | | | do. Lit. GL. | — | — |
| | | | do. Lit. GM. | — | — |
| | | | do. Lit. GN. | — | — |
| | | | do. Lit. GO. | — | — |
| | | | do. Lit. GP. | — | — |
| | | | do. Lit. GQ. | — | — |
| | | | do. Lit. GR. | — | — |
| | | | do. Lit. GS. | — | — |
| | | | do. Lit. GT. | — | — |
| | | | do. Lit. GU. | — | — |
| | | | do. Lit. GV. | — | — |
| | | | do. Lit. GW. | — | — |
| | | | do. Lit. GX. | — | — |
| | | | do. Lit. GY. | — | — |
| | | | do. Lit. GZ. | — | — |
| | | | do. Lit. HA. | — | — |
| | | | do. Lit. HB. | — | — |
| | | | do. Lit. HC. | — | — |
| | | | do. Lit. HD. | — | — |
| | | | do. Lit. HE. | — | — |
| | | | do. Lit. HF. | — | — |
| | | | do. Lit. HG. | — | — |
| | | | do. Lit. HH. | — | — |
| | | | do. Lit. HI. | — | — |
| | | | do. Lit. HJ. | — | — |
| | | | do. Lit. HK. | — | — |
| | | | do. Lit. HL. | — | — |
| | | | do. Lit. HM. | — | — |
| | | | do. Lit. HN. | — | — |
| | | | do. Lit. HO. | — | — |
| | | | do. Lit. HP. | — | — |
| | | | do. Lit. HQ. | — | — |
| | | | do. Lit. HR. | — | — |
| | | | do. Lit. HS. | — | — |
| | | | do. Lit. HT. | — | — |
| | | | do. Lit. HU. | — | — |
| | | | do. Lit. HV. | — | — |
| | | | do. Lit. HW. | — | — |
| | | | do. Lit. HX. | — | — |
| | | | do. Lit. HY. | — | — |
| | | | do. Lit. HZ. | — | — |
| | | | do. Lit. IA. | — | — |
| | | | do. Lit. IB. | — | — |
| | | | do. Lit. IC. | — | — |
| | | | do. Lit. ID. | — | — |
| | | | do. Lit. IE. | — | — |
| | | | do. Lit. IF. | — | — |
| | | | do. Lit. IG. | — | — |
| | | | do. Lit. IH. | — | — |
| | | | do. Lit. II. | — | — |
| | | | do. Lit. IJ. | — | — |
| | | | do. Lit. IK. | — | — |
| | | | do. Lit. IL. | — | — |
| | | | do. Lit. IM. | — | — |
| | | | do. Lit. IN. | — | — |
| | | | do. Lit. IO. | — | — |
| | | | do. Lit. IP. | — | — |
| | | | do. Lit. IQ. | — | — |
| | | | do. Lit. IR. | — | — |
| | | | do. Lit. IS. | — | — |
| | | | do. Lit. IT. | — | — |
| | | | do. Lit. IU. | — | — |
| | | | do. Lit. IV. | — | — |
| | | | do. Lit. IW. | — | — |
| | | | do. Lit. IX. | — | — |
| | | | do. Lit. IY. | — | — |
| | | | do. Lit. IZ. | — | — |
| | | | do. Lit. JA. | — | — |
| | | | do. Lit. JB. | — | — |
| | | | do. Lit. JC. | — | — |
| | | | do. Lit. JD. | — | — |
| | | | do. Lit. JE. | — | — |
| | | | do. Lit. JF. | — | — |
| | | | do. Lit. JG. | — | — |
| | | | do. Lit. JH. | — | — |
| | | | do. Lit. JI. | — | — |
| | | | do. Lit. JJ. | — | — |
| | | | do. Lit. JK. | — | — |
| | | | do. Lit. JL. | — | — |
| | | | do. Lit. JM. | — | — |
| | | | do. Lit. JN. | — | — |
| | | | do. Lit. JO. | — | — |
| | | | do. Lit. JP. | — | — |
| | | | do. Lit. JQ. | — | — |
| | | | do. Lit. JR. | — | — |
| | | | do. Lit. JS. | — | — |
| | | | do. Lit. JT. | — | — |
| | | | do. Lit. JU. | — | — |
| | | | do. Lit. JV. | — | — |
| | | | do. Lit. JW. | — | — |
| | | | do. Lit. JX. | — | — |
| | | | do. Lit. JY. | — | — |
| | | | do. Lit. JZ. | — | — |
| | | | do. Lit. KA. | — | — |
| | | | do. Lit. KB. | — | — |
| | | | do. Lit. KC. | — | — |
| | | | do. Lit. KD. | — | — |
| | | | do. Lit. KE. | — | — |
| | | | do. Lit. KF. | — | — |
| | | | do. Lit. KG. | — | — |
| | | | do. Lit. KH. | — | — |
| | | | do. Lit. KI. | — | — |
| | | | do. Lit. KJ. | — | — |
| | | | do. Lit. KK. | — | — |
| | | | do. Lit. KL. | — | — |
| | | | do. Lit. KM. | — | — |
| | | | do. Lit. KN. | — | — |
| | | | do. Lit. KO. | — | — |
| | | | do. Lit. KP. | — | — |
| | | | do. Lit. KQ. | — | — |
| | | | do. Lit. KR. | — | — |
| | | | do. Lit. KS. | — | — |
| | | | do. Lit. KT. | — | — |
| | | | do. Lit. KU. | — | — |
| | | | do. Lit. KV. | — | — |
| | | | do. Lit. KW. | — | — |
| | | | do. Lit. KX. | — | — |
| | | | do. Lit. KY. | — | — |
| | | | do. Lit. KZ. | — | — |
| | | | do. Lit. LA. | — | — |
| | | | do. Lit. LB. | — | — |
| | | | do. Lit. LC. | — | — |
| | | | do. Lit. LD. | — | — |
| | | | do. Lit. LE. | — | — |
| | | | do. Lit. LF. | — | — |
| | | | do. Lit. LG. | | |